

Statistisches Jahrbuch 2010

Kurzzusammenfassung

Ansprechpartner:

Jan Erik Farke
Arbeitnehmerkammer Bremen
Referat für Wirtschaftspolitik
Bürgerstraße 1
28195 Bremen

Mail: farke@arbeitnehmerkammer.de
Tel.: 0421/36301- 977
Fax: 0421/36301- 995

Arbeitnehmerkammer-Fakten: Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Statistischen Jahrbuches 2010

Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes:

- » Mit 68.441 Euro je Erwerbstätigen erzielte das Land Bremen 2009 nach der Hansestadt Hamburg und dem Bundesland Hessen das dritthöchste BIP je Erwerbstätigen und leistete mit 26.753 Millionen Euro einen Beitrag von rund 1,1 Prozent zum bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukt.
- » Über den gesamten Betrachtungszeitraum 2000 bis 2009 lag das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Bremen mit einem realen Plus von 8,1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000 über der bundesdurchschnittlichen Entwicklung von 4,8 Prozent.
- » Die jährliche preisbereinigte Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes betrug damit im Durchschnitt für das Land Bremen 1,2 Prozent, während Deutschland insgesamt ein durchschnittliches Wachstum von 0,8 Prozent erreichte.

Bevölkerungsentwicklung:

Seit Anfang des neuen Jahrtausends konnte der Trend der negativen Bevölkerungsentwicklung – nicht zuletzt aufgrund positiver wirtschaftlicher Wachstumsimpulse – im Land Bremen weitgehend gestoppt werden.

- » Von 2000 bis 2009 wuchs die Einwohnerzahl im Land Bremen wieder schwach um rund 1.500 Personen: In der Stadt Bremen lebten im Jahr 2009 rund 8.300 Personen mehr als noch im Jahr 2000. Die Seestadt hingegen verlor im entsprechenden Zeitraum rund 6.800 Einwohner. Aber auch hier zeigen sich erste positive Anzeichen: Der Umfang der Stadtschrumpfung konnte deutlich reduziert werden und die Bevölkerungszahl auf einem niedrigen Niveau weitgehend stabilisiert werden.

Entwicklung des Arbeitsmarktes:

- » Die Arbeitslosigkeit konnte im Land Bremen spürbar gesenkt werden. Die Arbeitslosenquote verringerte sich zwischen den Jahren 2000 und 2009 deutlich um 1,2 Prozentpunkte von 13,0 Prozent auf 11,8 Prozent.
- » Nach dem Ende der Krise scheint sich ein neuer Boom der Leiharbeit im Land Bremen anzukündigen. Zwar erhöhte sich auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (ohne Leiharbeit) seit Anfang des Jahres 2010 deutlich um 1,4 Prozent; die Leiharbeit boomte aber geradezu und steigerte sich im entsprechenden Zeitraum um 29 Prozent. Damit liegt bereits jetzt der Umfang der Leiharbeit wieder über dem Niveau des Jahres 2008.
- » Im November 2010 waren von 4.280 offenen Stellen im Land Bremen knapp 47 Prozent im Bereich der Leiharbeit ausgeschrieben.

Beschäftigungsentwicklung zwischen 2000 und 2009:

- » Der Beschäftigungsaufbau vollzog sich zwischen 2000 und 2009 in Bremen vor allem im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit (+24,5 Prozent) und im Bereich der geringfügig entlohnten Beschäftigung (+21,7 Prozent). Mit einem Zuwachs von 90,8 Prozent wuchs der Bereich der Arbeitnehmerüberlassung am kräftigsten.

Geringfügige Beschäftigung:

- » Gemessen an der Einwohnerzahl ist Bremen das Bundesland mit den meisten Minijobbern: Auf 1.000 Einwohner kommen in Bremen rund 93 geringfügig entlohnte Beschäftigte (Bund: 88; Stadt Bremen: 94; Bremerhaven: 88).

Leiharbeit:

- » Mit einem Anteil der Leiharbeit an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 3,4 Prozent weist Bremen im Bundesländervergleich knapp vor dem Stadtstaat Hamburg mit 3,2 Prozent und den Bundesländern Thüringen (2,8 Prozent) und Sachsen-Anhalt (2,7 Prozent) den höchsten Wert aus (Bund: 2,1 Prozent; Stadt Bremen: 3,3 Prozent; Bremerhaven: 3,7 Prozent).

Langzeitarbeitslosigkeit:

- » Im Bundesländervergleich ist das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit im Land Bremen am größten. Rund 38,5 Prozent der Arbeitslosen sind hierzulande länger als ein Jahr arbeitslos (Bund: 29,7 Prozent; Stadt Bremen: 38,1 Prozent; Bremerhaven: 39,7 Prozent).

Einkommens- und Lohnentwicklung:

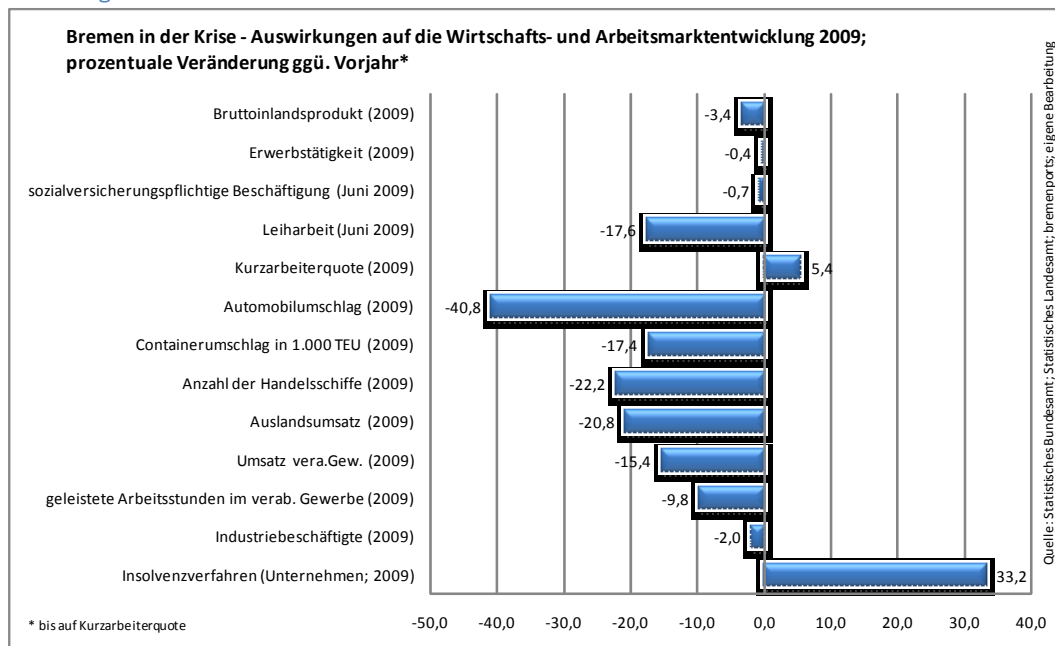
- » Die bremischen Arbeitnehmer verdienen im Jahr 2009 0,8 Prozent mehr als ihre westdeutschen Kollegen.
- » Im Bundesländervergleich übertreffen die bremischen Bruttomonatslöhne den Bundesschnitt um 4,6 % (Bremen: 3.614 Euro; Bund: 3.456 Euro).
- » Dritthöchster Gender-Pay-Gap im Land Bremen: Frauen verdienen in Bremen im Durchschnitt rund 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen (Bund: 19,3 Prozent).

Arbeitnehmerkammer-Fakten: Statistisches Jahrbuch 2010

1. Nach dem Ende der Krise: Neuer Boom in der Leiharbeit

Nach diesem schwersten Konjunkturinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg beginnt die Wirtschaft sich aktuell erstaunlich schnell zu erholen und scheint – von einem deutlich niedrigeren Niveau aus – wieder auf einen kräftigen Wachstumspfad zurückgekehrt zu sein: Exportboom für die deutschen Autobauer, hervorragende Auftragslage für die Maschinenbauer, das Geschäftsklima der Unternehmen ist so gut wie schon lange nicht mehr und auch das Bruttoinlandsprodukt erreichte im zweiten Quartal 2010 ein Rekordwachstum, wie es dieses seit der deutschen Wiedervereinigung hierzulande nicht mehr gegeben hat.

Abbildung 1:



Auch die Beschäftigungssituation entwickelt sich äußerst erfreulich. Aktuell verzeichnet der deutsche Arbeitsmarkt so wenig Arbeitslose wie zuletzt vor 18 Jahren: Weniger als drei Millionen Menschen sind nach der offiziellen Statistik bei den Arbeitsagenturen gemeldet.

Angesichts dieser Erfolge auf dem Arbeitsmarkt und des sich abzeichnenden Booms der Wirtschaft werden derzeit die Rufe nach den „Krisenkonsequenzen“ merklich leiser. Ganz im Gegenteil mehren sich die Stimmen, die angesichts der internationalen Bewunderung für die hiesige Krisenfestigkeit die deutsche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre loben: Die Exportorientierung beschert uns ein Wirtschaftswachstum wie seit 1987 nicht mehr, die Arbeitsmarktreformen im Zuge der Agenda 2010 haben den Arbeitsmarkt so flexibel gestaltet, dass Unternehmen – trotz des massiven Auftragseinbruches – weitgehend an ihren Beschäftigten festhalten konnten. Korrekturen in Arbeits- oder Wirtschaftspolitik scheinen somit Teilen der Politik gar nicht notwendig zu sein: Zwar plädiert der Bundeswirtschaftsminister für höhere Löhne in der Industrie, gleichzeitig aber leistet er deutlichen Widerstand, wenn es um die Bekämpfung von politisch verursachten Niedriglöhnen und die Eindämmung von prekären Beschäftigungsverhältnissen geht.

Abbildung 2:

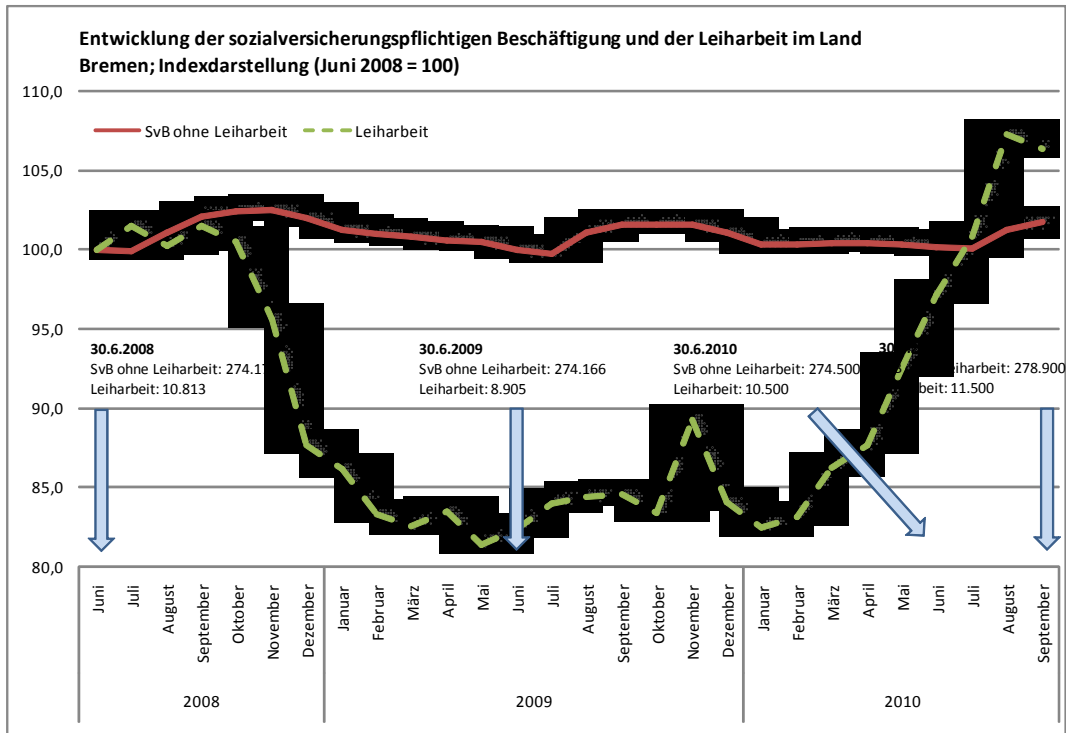
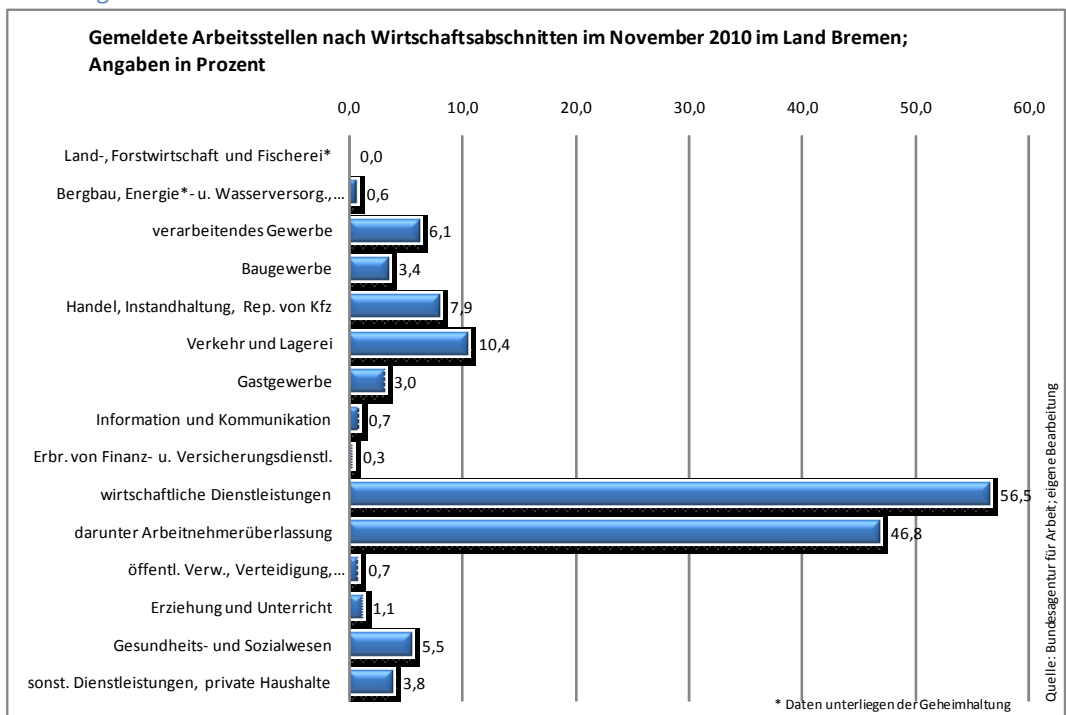


Abbildung 3:



Bereits jetzt ist aber deutlich zu erkennen, dass die erfreulichen bremischen Arbeitsmarktdaten im besonderen Maße durch einen kräftigen Anstieg der Leiharbeit seit Anfang des Jahres gekennzeichnet sind: Zwar entwickelte sich auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (ohne Berücksichtigung der Leiharbeit) ebenfalls deutlich positiv und erhöhte sich kräftig um 1,4 Prozent; die Leiharbeit boomte aber geradezu und steigerte sich im entsprechenden Zeitraum um 29 Prozent. Damit liegt bereits jetzt der Umfang der Leiharbeit wieder über dem Niveau des Jahres 2008. Die aktuell sehr hohe Bedeutung der Leiharbeit für den Arbeitsmarkt zeigt sich

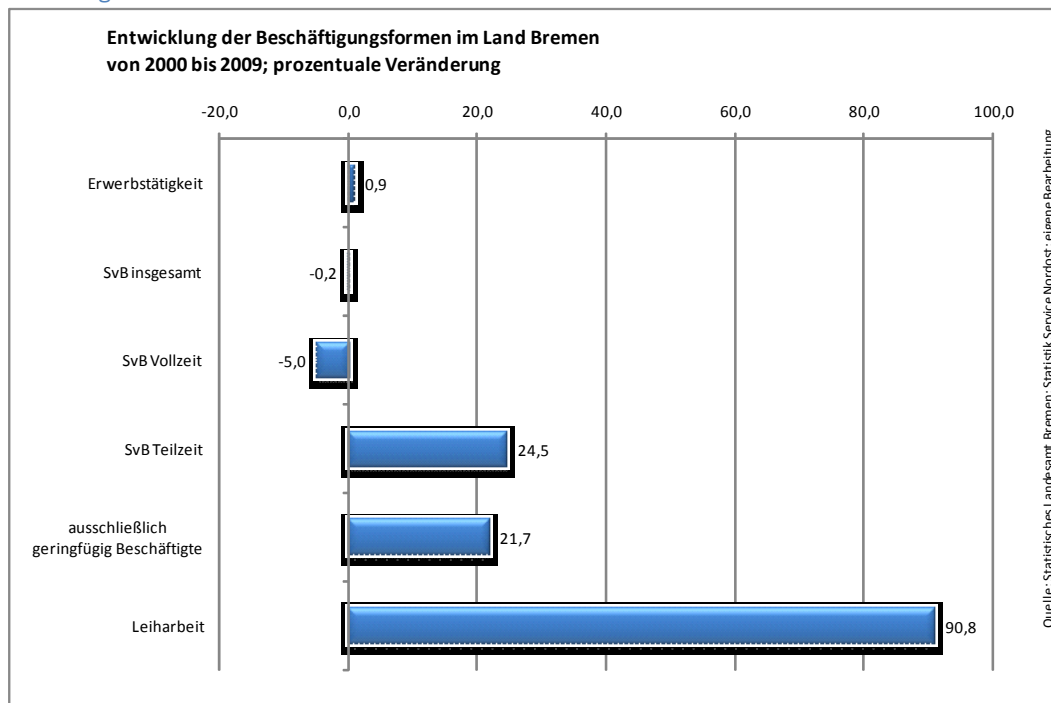
auch bei der Betrachtung der offenen Stellen im Land Bremen: Im November 2010 waren von den 4.280 offenen Stellen knapp 47 Prozent im Bereich der Leiharbeit ausgeschrieben. Nach dem Ende der Krise scheint sich damit der Vorkrisentrend weiter fortzusetzen: die Leiharbeit boomt (vgl. Abb.2/3).

Daten aus dem Statistischen Jahrbuch 2010 der Arbeitnehmerkammer Bremen

2. Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung zwischen 2000 bis 2009: Starker Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse

Mehr Jobs – weniger Sicherheit: Die klassische Vollzeitstelle gibt es im Land Bremen immer weniger und verliert als Regelfall des Beschäftigungsverhältnisses stetig an Bedeutung. Dafür boomen Zeitarbeit, Minijobs und die Teilzeitbeschäftigung – und das Armutsrisiko der Bremer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist hoch.

Abbildung 4:



Auf den ersten Blick macht sich die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Land Bremen statistisch nicht schlecht: So hat sich der Umfang der Erwerbstätigkeit in den letzten neun Jahren bei einem schwachen Rückgang der Arbeitslosenzahlen insgesamt leicht positiv entwickelt. Das Ganze hat indes nur einen ganz wesentlichen Makel: Der Beschäftigungsaufbau vollzog sich vor allem im Bereich des „flexiblen“ – soll heißen: atypischen – Arbeitsmarktes (vgl. Abb.4).

Während sich die Erwerbstätigkeit im Land Bremen zwischen den Jahren 2000 und 2009 um 0,9 Prozent erhöhte, schrumpfte im Betrachtungszeitraum gleichzeitig die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt um 0,2 Prozent, die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung sogar um stattliche 5,0 Prozent. Der Beschäftigungsaufbau vollzog sich also in Bremen – genauso wie im gesamten Bundesgebiet – vor allem im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit (+24,5 Prozent) und im Bereich der geringfügig entlohnten Beschäftigung (+21,7 Prozent). Mit einem Zuwachs von 90,8 Prozent wuchs der Bereich der Arbeitnehmerüberlassung am kräftigsten.

3. Geringfügige Beschäftigung: Hohe Bedeutung für in Bremen im Städtevergleich

Gemessen an der Einwohnerzahl ist Bremen das Bundesland mit den meisten Minijobbern: Auf 1.000 Einwohner kommen in Bremen rund 93 geringfügig entlohnte Beschäftigte. Damit gehört Bremen im Bundesländervergleich nach Baden-Württemberg (100), Nordrhein-Westfalen (98), Rheinland-Pfalz (97), Bayern (94) und Niedersachsen (93) zur Gruppe der Spitzenreiter.

Abbildung 5:

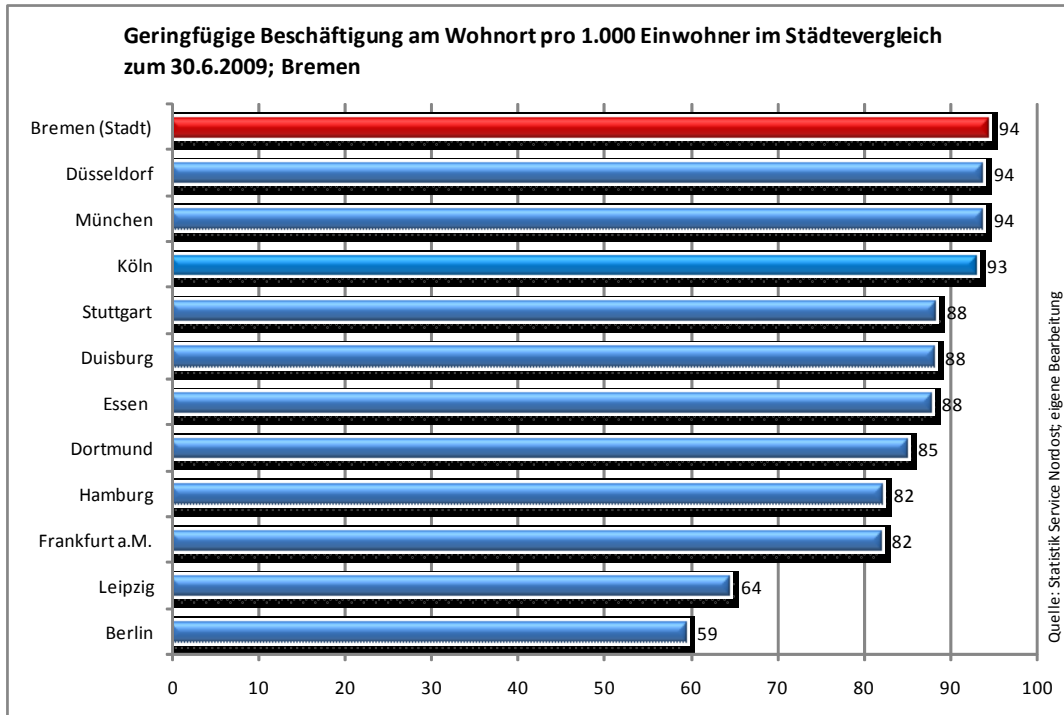
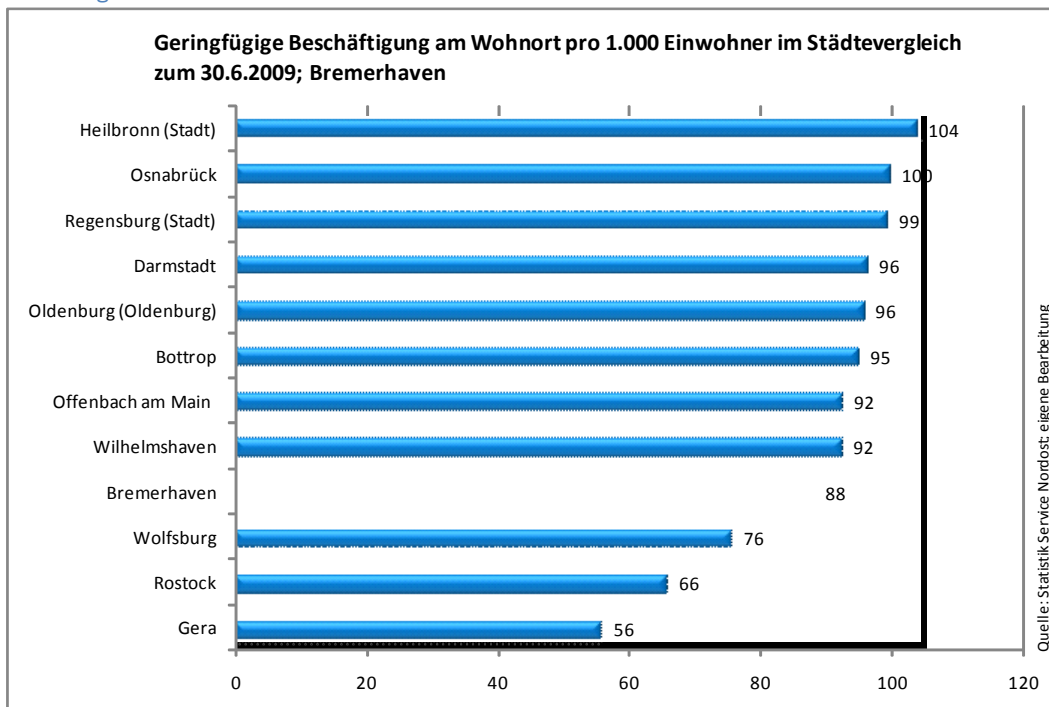


Abbildung 6:



Im Städtevergleich erzielt die Stadt Bremen mit 94 Minijobbern pro 1.000 Einwohner den höchsten Wert; Bremerhaven rückt mit 88 Minijobbern pro 1.000 Einwohner ins „Mittelfeld“ (vgl. Abb. 5/6).

4. Leiharbeit in Bremen

Die Leiharbeit ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil des Arbeitsmarktes geworden und hat sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch entwickelt. Gleichzeitig ist aber die Bedeutung der Leiharbeit für den Arbeitsmarkt insgesamt immer noch relativ gering: Der Anteil der Leiharbeit an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern lag im Jahr 2009 deutschlandweit lediglich bei 2,1 Prozent.

Die Bedeutung der Leiharbeit für den Arbeitsmarkt unterscheidet sich bei einer differenzierten Betrachtung nach Bundesländern allerdings zum Teil erheblich. Mit einem Anteil der Leiharbeit an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 3,4 Prozent weist Bremen im Bundesländervergleich knapp vor dem Stadtstaat Hamburg mit 3,2 Prozent und den Bundesländern Thüringen (2,8 Prozent) und Sachsen-Anhalt (2,7 Prozent) den höchsten Wert aus. Die geringste Bedeutung hatte die Leiharbeit in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein mit jeweils 1,5 Prozent.

Abbildung 7:

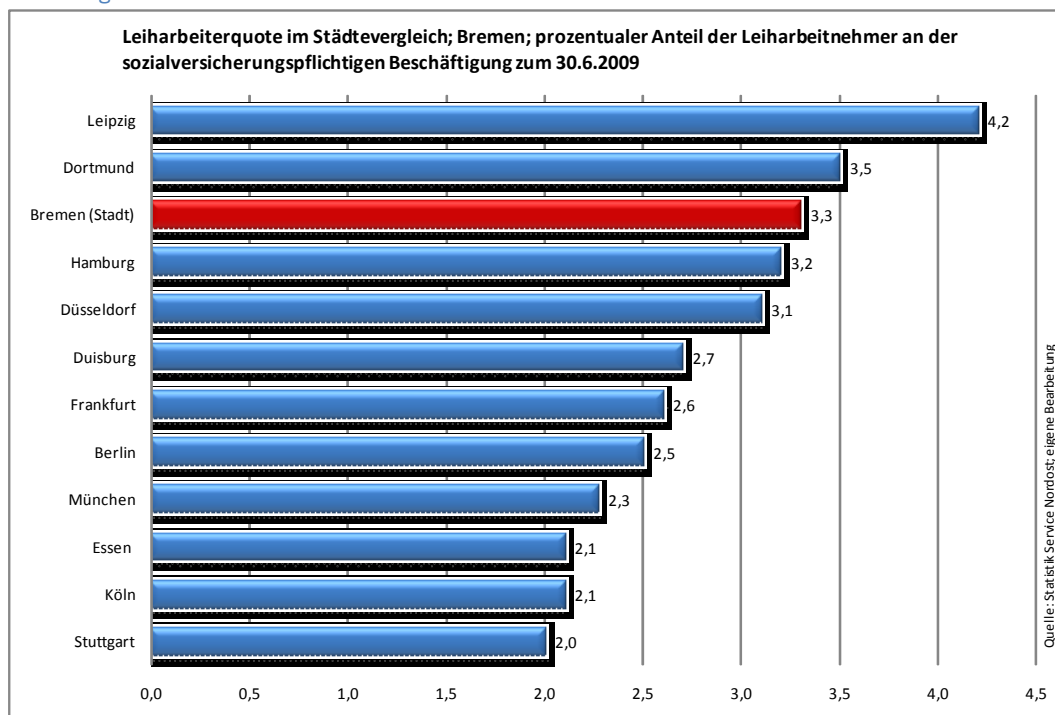
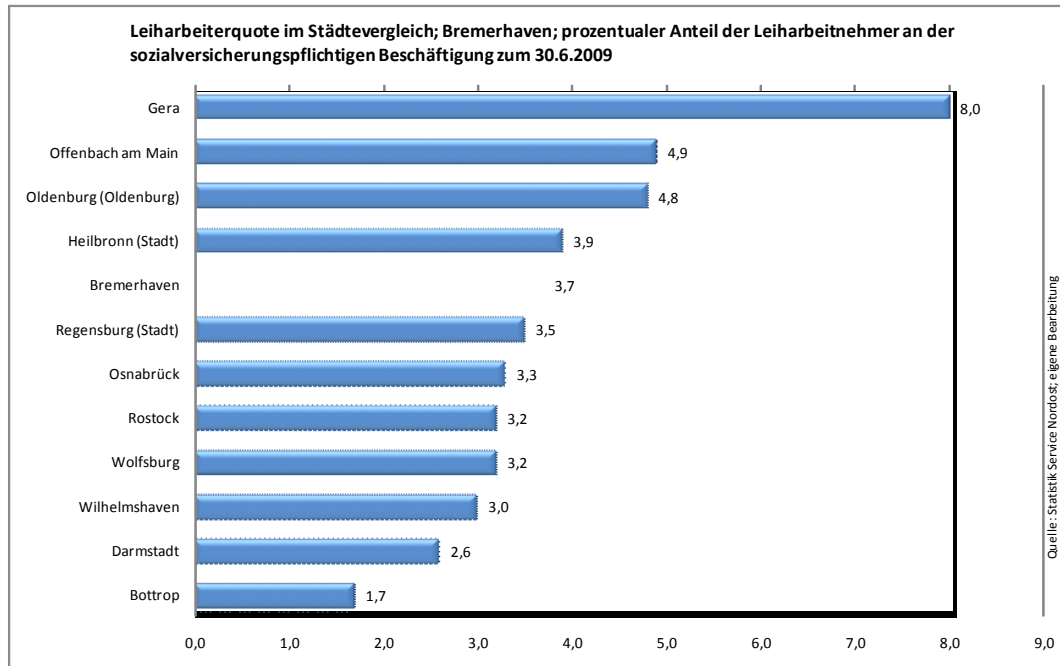


Abbildung 8:

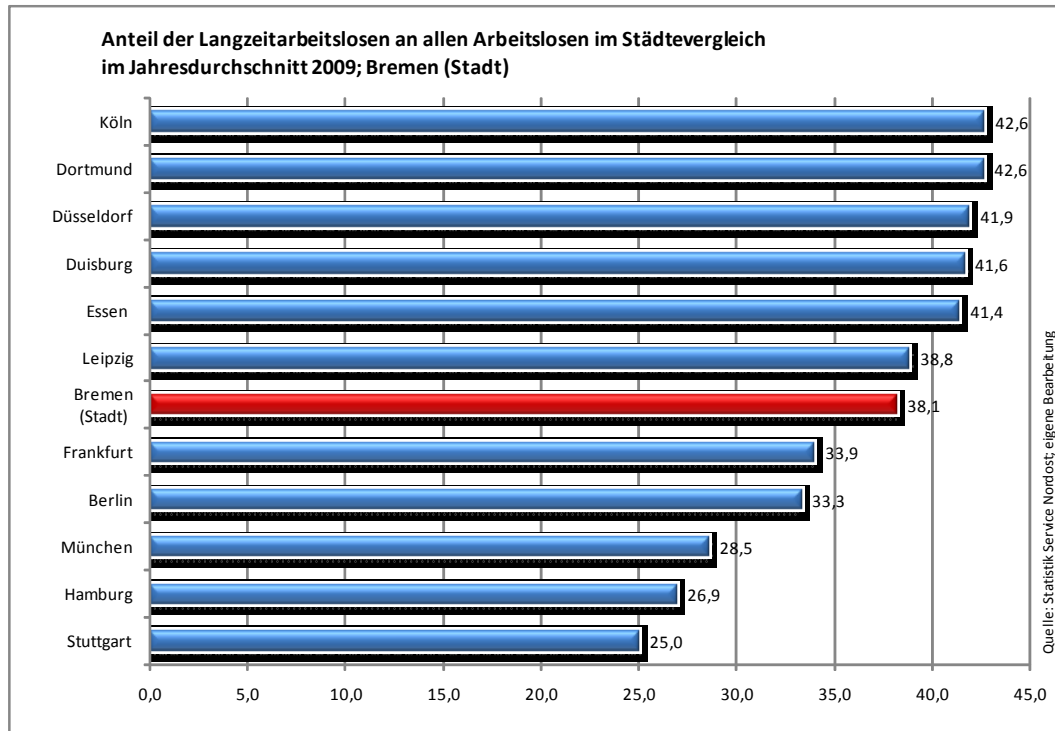


Verlässt man die Ebene der Bundesländer und schaut sich für die Schwesterstädte Bremen und Bremerhaven entsprechende Referenzstädte an, fällt – wie schon im Bundesländervergleich – die relativ hohe Bedeutung der Leiharbeit in den beiden Städten auf. In der Stadt Bremen betrug der Anteil der Leiharbeit an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 3,3 Prozent; in Bremerhaven lag der Anteil der Leiharbeit bei 3,7 Prozent (vgl. Abb. 7/8).

5. Arbeitslosigkeit in Bremen: Hohe Bedeutung der Langzeitarbeitslosigkeit

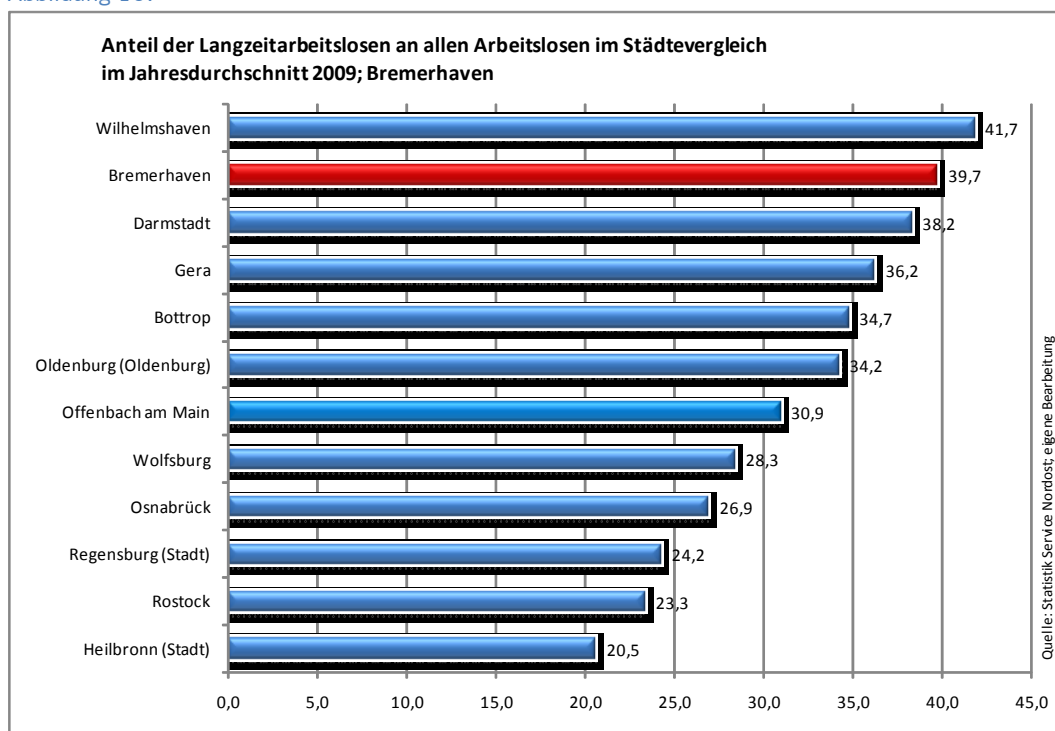
Langzeitarbeitslosigkeit stellt ein besonderes Problem dar: Neben den oftmals starken finanziellen Einbußen und der häufig mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit stärker werdenden sozialen Exklusion der betroffenen Menschen ist davon auszugehen, dass sich mit fortschreitender Dauer der Arbeitslosigkeit zudem die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt reduzieren. Als Langzeitarbeitslose gelten im Rahmen der Arbeitsmarktstatistik alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet waren. Die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland nur unvollständig wieder: Nimmt eine als arbeitslos registrierte Person an einer Maßnahme der Agentur teil oder erkrankt über einen längeren Zeitraum, beginnt die Arbeitslosenperiode wieder von vorn; die Daten unterzeichnen also in der Tendenz das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit.

Abbildung 9:



Bei Betrachtung des Umfanges der Langzeitarbeitslosigkeit im Bundesländervergleich zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede: Das Land Bremen ist hier mit 38,5 Prozent absoluter (Negativ-)Spitzenreiter vor Nordrhein-Westfalen (35,8 Prozent) und Berlin (33,3 Prozent). Am niedrigsten war zum Vergleichszeitpunkt der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Bundesland Bayern mit 20,2 Prozent. 14.718 Personen waren im Jahr 2009 bei der bremischen Arbeitsagentur als langzeitarbeitslos gemeldet.

Abbildung 10:



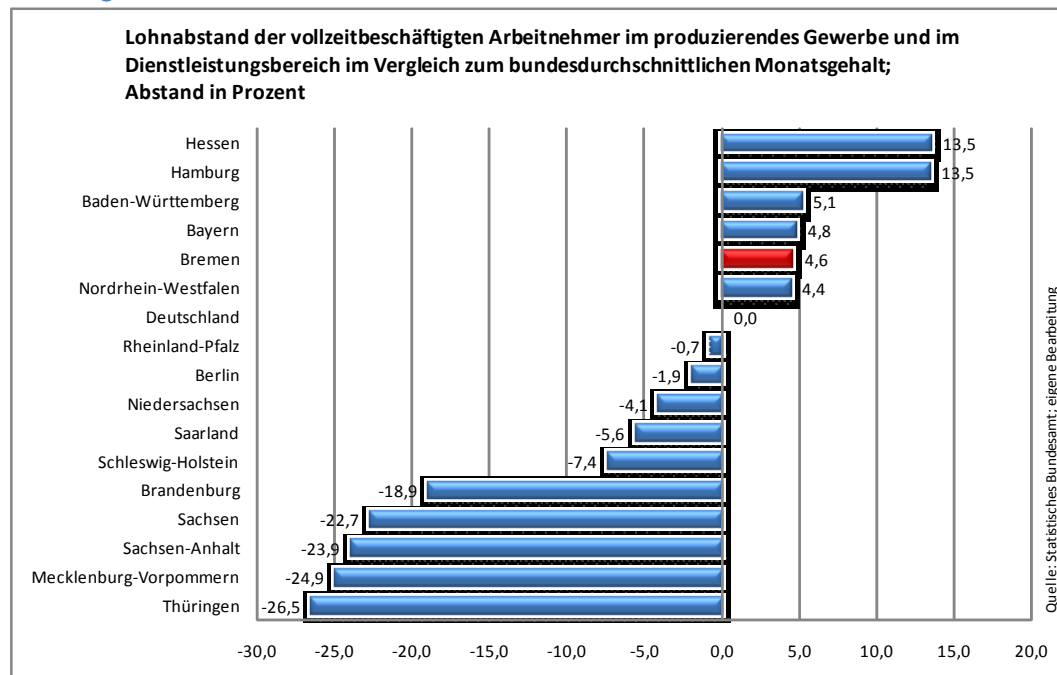
In der Stadt Bremen waren im Jahresdurchschnitt 2009 38,1 Prozent der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos; in Bremerhaven 39,7 Prozent (vgl. Abb. 9/10).

6. Einkommens- und Lohnentwicklung: Bremer verdienen 4,6 Prozent mehr als der Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2009 erreichten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Land Bremen nach der vierteljährigen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes¹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich durchschnittlich ein Bruttomonatsgehalt von rund 3.614 Euro. Damit verdienen die Bremer Beschäftigten rund 4,6 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt. Im Bundesländervergleich erzielt damit das Land Bremen den fünftbesten Platz (vgl. Abb. 11).

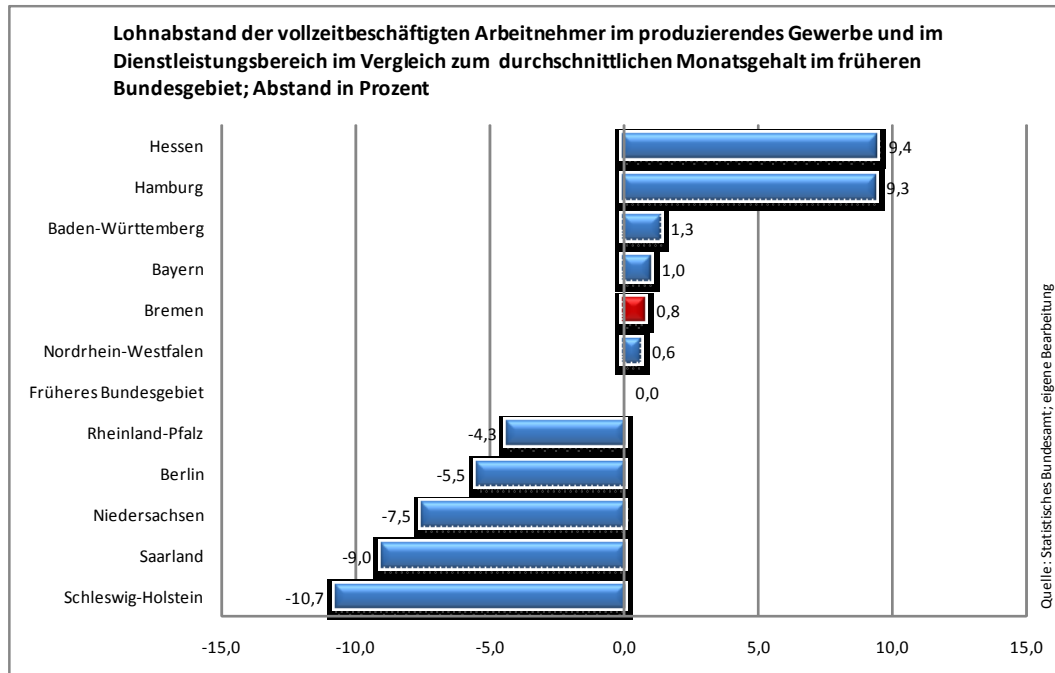
Vergleicht das durchschnittliche Bremer Bruttomonatsgehalt nicht mit den bundesdurchschnittlichen Monateinkommen, sondern bezieht es auf das durchschnittliche Monateinkommen im früheren Bundesgebiet, verdienen die Bremer mit +0,8 Prozent ebenfalls leicht überdurchschnittlich (vgl. Abb. 12).

Abbildung 11:



¹Anmerkung: In der vierteljährlichen Verdiensterhebung werden die Anzahl der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer/innen, ihre bezahlten Arbeitsstunden (nicht von geringfügig Beschäftigten) und ihre Bruttoverdienstsummen erfragt. Die Erhebung erfolgt für jedes volle Kalenderquartal in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Auszubildende werden nicht einbezogen. Bei der vierteljährlichen Verdiensterhebung handelt es sich um eine repräsentative Stichprobe bei Betrieben in Form einer schriftlichen Befragung. Einbezogen werden Betriebe mit zehn und mehr Arbeitnehmern.

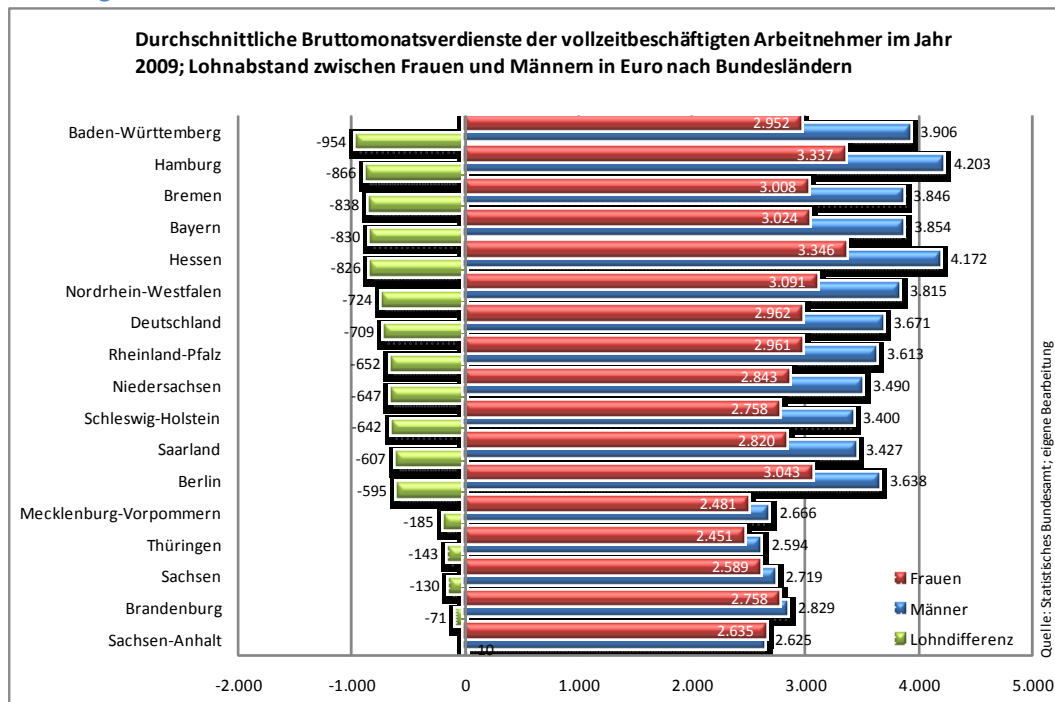
Abbildung 12:



7. Hoher Gender-Pay-Gap im Land Bremen: Frauen verdienen in Bremen im Durchschnitt rund 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Die Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Verdienste nach Geschlecht in den einzelnen Wirtschaftsabschnitten. Nach den Daten des Statistikamtes für das Jahr 2009 lag der Bruttomonatsverdienst weiblicher Vollzeitbeschäftigter in Deutschland im „produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich“ rund 19,3 Prozent unterhalb ihrer männlichen Kollegen.

Abbildung 13:



Während Frauen im Durchschnitt 2.962 Euro verdienen, lag das Monatsgehalt der Männer bei 3.671 Euro. Der durchschnittliche Verdienst betrug in Deutschland 3.456 Euro (vgl. Abb.13). Auffällig sind hier vor allem die großen Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern: Während Frauen im „produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich“ in Sachsen-Anhalt sogar durchschnittlich 0,4 Prozent mehr verdienen als ihre männlichen Kollegen, erreicht der Lohnabstand in derselben Branche in Baden-Württemberg fast 25 Prozent. In Bremen verdienen Frauen rund 22 Prozent weniger.